

»besonders in den letzten Monaten dieses fuchtbarsten aller Kriege der Hochschule zugeführt wurden«,³⁰ denn er »schlug dem Bau schwerste Wunden durch drei Bombentreffer«³¹ und »erst 1951/52 konnte unter hohen Kosten der Wiederaufbau beendet werden«. ³² Doch das war Vergangenheit:

»Mit der Periode des Wiederaufbaues nach dem Zweiten Weltkrieg geht jener Zeitabschnitt zu Ende, den wir als geschichtliche Vergangenheit unserer Hochschule bezeichnen möchten. Schon der Ausdruck 'Wiederaufbau' zeigt, daß man damals zunächst nur an eine Wiederherstellung des Vorkriegszustandes, an eine 'Normalisierung' dachte.«³³

Die 'Wiederherstellung des Vorkriegszustandes', die 'Normalisierung', bestand 1945 für Rektor Prof. Dr. Bartel Granigg — so formulierte er es im ersten erschienenen Vorwort des Vorlesungsverzeichnisses im befreiten Österreich — im folgenden: »Wir wollen in aufgeschlossener Weltverbundenheit wieder sein, was wir waren, Mittler der deutschen Kultur österreichischer Prägung«. Begann doch mit dem Wintersemester 1945/46 für die THG »nicht nur ein neues Studienjahr, sondern eine neue Epoche«. ³⁴

Was vor dieser 'neuen Epoche' war, ist 'geschichtliche Vergangenheit'. So bleibt als einzige Schilderung, die sich über diese Vergangenheit näher äußert, die von Prof. Dr. Sokratis Dimiriou aus dem Jahr 1978 bzw. genau genommen nur die Schilderung von Prof. Dr. Fritz Kohlrausch von 1941. Womit festgestellt werden muß, daß es nach 1945 eigentlich gar keine spezifische Information zur NS-Zeit gibt, denn die Quellen sind hiermit erschöpft:

»Von der politischen Krise, die der Einverleibung in das Großdeutsche Reich voranging, wurde auch die Technische Hochschule in Graz betroffen. Die bereits vor dem Ersten Weltkrieg hervorgetretenen deutschnationalen Tendenzen äußerten sich in einem stärkeren Maße, so daß ein Berichterstatter des Jahres 1940, Prof. Dr. Fritz Kohlrausch, schreiben konnte: 'Nach der Heimkehr ins Reich ...'. ³⁵ Es folgt die im Abschnitt 5 zitierte Schilderung. ³⁶

Ein »Geschichtlicher Überblick« des Jahres 1945 endet im Jahre 1937 und die Reflexion der Zeit zwischen 1938 und 1945 beschränkt sich bis zum heutigen Tag in der Feststellung, die den Schwerpunkt der bisherigen 'Vergangenheitsbewältigung' bildet: »Im Zweiten Weltkrieg wurde der Neubau durch Bombentreffer schwer beschädigt.«³⁷

11. HINTERGRÜNDE

Das Vorwort im Vorlesungsverzeichnis des Studienjahres 1945/46 gibt eine Fülle von Denkanstößen: »Wir wollen in aufgeschlossener Weltverbundenheit wieder sein, was wir waren, Mittler der deutschen Kultur österreichischer Prägung.« Das »freie und deutsche Österreich« im Selbstverständnis der Diktatur des Ständestaates? Durch die Rückkehr zur »akademischen Freiheit in des Wortes edelster Bedeutung« sollten die Studierenden nicht mehr »abgerichtet« und »ausgerichtet« werden. ¹ Nach der Entfernung der Hauptexponenten der 'Abrichter' und 'Ausrichter' wird in dieser 'neuen Epoche' aber bald nur festgestellt, daß man damit auf die

Mitarbeit »verdienter Professoren«, auf »hervorragende Vertreter ihrer Fächer« verzichten mußte.² Da werden hochrangige Vertreter eines Regimes, das letztendlich durch Terror und Krieg für die schwierige Situation »unseres arm gewordenen Vaterlandes« verantwortlich war, wie Dadiou und Härtel, in einflußreichen Kreisen zu »vor allem unserer Jugend Vorbild«: »Männer, die unsere Zeit mehr denn je bräuchte, ihrem Beruf und ihrer Berufung verpflichtet, treu ihrem Volk ...!«³ Und die »politischen Irrungen und Wirrungen der Dreißigerjahre«, wobei das »Verständnis für die Erscheinungen jener Zeit« entschwindet?⁴ Entschwindet, gerade weil die Erscheinungen jener Zeit in der universitären Geschichtsschreibung oft auf Vorgänge reduziert werden, die einfach geschehen, fast mechanisch, wie in einem Bühnenstück mit streng vorgegebenem Text. Da hielt 1938 »der Nationalsozialismus seinen Einzug«⁵ und 1945 »senkte sich über ein Kapitel düsterer Geschichte der Vorhang«.⁶ 1925 war die THG »auf deutsches Pflichtbewußtsein und auf deutsche Arbeit eingestellt«.⁷ Deutschnationalismus bzw. die Anschlußforderung waren politische Elemente, die in der Ersten Republik von breiten Gesellschaftsschichten vertreten wurden und erklärte Ideologie bzw. Forderung aller großen politischen Lager darstellten, auch wenn sie ansonsten kaum Gemeinsamkeiten verbanden.⁸

Am 12. November 1918 wurde die Republik ausgerufen, und die Abgeordneten der Provisorischen Nationalversammlung beschlossen einstimmig das Gesetz über die Staatsform.⁹ Der Artikel 2 lautete: »Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik.«¹⁰

Für die Großdeutsche Volkspartei war der Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich selbstverständlich das außenpolitische Hauptanliegen und auch die Christlichsoziale Partei sah »in dem Wiederanschluß Deutschösterreichs an die Hauptmasse des deutschen Volkes die Verwirklichung eines langegehegten nationalen Ideals«. Die Sozialdemokraten erklärten im 'Linzer Programm' von 1926, daß der Anschluß »mit friedlichen Mitteln ... an die Deutsche Republik« den »notwendigen Abschluß der nationalen Revolution von 1918« darstelle.¹¹ Diese Anschlußforderung wurde 1933 »angesichts der durch den Faschismus im Deutschen Reich veränderten Lage des deutschen Volkes« gestrichen: »Der Parteitag erklärt: Die Sozialdemokratie will ein unabhängiges, selbständiges Österreich.«¹²

Doch am 1. Oktober 1920 wurde die 'Republik Österreich' als Bundesstaat eingerichtet, der zunächst — ohne Wien — aus acht selbstständigen Ländern bestand.¹³ Der Anschluß — laut Staatskanzler Dr. Karl Renner »unser ewiges Recht« — fand nicht statt.¹⁴

1930 waren — geht man z. B. von den Nationalratswahlen dieses Jahres aus — die Nationalsozialisten mit knapp 100.000 Stimmen noch eine bedeutungslose Minorität und unter 'Faschismus' wurde vor allem die Heimwehbewegung verstanden. In der Steiermark war die Heimwehr 1919 entstanden, zunächst als Selbstschutzverband gegen eindringende jugoslawische Truppen.

Eine andere Situation ergab sich an den Grazer Hochschulen. Bei seiner ersten und einzigen Kandidatur erreichte der NSDStB bei der Wahl für die 'Kammer der deutschen Studentenschaft' am 28. November 1930 an der Universität fast 20% der Stimmen. Bei allen diesen Wahlen von 1919 bis 1930 hatten die Deutschnationalen stets die große Mehrheit, gefolgt vom 'Katholisch-Deutschen-Akademiker-Ausschuß' (KDAA), der Sammelliste der Verbindungen des CV. Der CV wurde von seiten der christlichsozialen Bundesregierung systematisch unterstützt und es wurde ihm zunehmend Zutritt in den Beamtenapparat der Hochschulen verschafft. Neben diesen beiden Gruppen, die beide großdeutsches und antisemitisches Gedankengut vertraten und für die Geisteshaltung fast aller Studierenden standen, fanden die Vertre-

ter der größten Partei — der Sozialdemokraten — auf Hochschulboden überhaupt keinen Anklang. Ideologisch gab es keine Gemeinsamkeiten. Internationalistisch orientiert und nicht antisemitisch standen die Sozialdemokraten im Gegensatz zu den deutschnationalen und katholischen Gruppierungen.¹⁵

Die »*Verbreitung der Ergebnisse sozialistischer Geistesarbeit unter den Hochschülern aller Fakultäten und den Geistesarbeitern aller Schichten mit dem Ziel, eine Gewerkschaftsbewegung der geistigen Arbeiter herbeizuführen*«, setzte sich die 'Vereinigung sozialistischer Hochschüler' (VSH) zum Ziel. Die 1918 in Graz gegründete VSH stand als deutliche Minderheit stets im Konflikt mit den anderen Studentenvereinen. 1922 kam es auf Betreiben der österreichischen Vertreter in der Deutschen Studentenschaft zu einer antisemitischen Erweiterung der Grundsatzung, die u. a. den entgeltigen Ausschluß linker Gruppierungen bedeutete. Die VSH konnte demnach zu den Kammerwahlen der DSt nicht antreten, was aber auch nicht in ihrer Absicht lag, da sie sonst diese — von den Hochschulen als Vertretung aller Studierender akzeptierte aber vom Gesetz nicht legitimierte — Vertretung und deren Politik anerkannt hätte.¹⁶

Aufgrund dieser Rahmenbedingungen kann man für die Faschisierung der Studierenden und das Erstarken des Nationalsozialismus feststellen:

Das Wahlergebnis von fast 20% für den NSDStB vom 28. November 1930 lag weit über dem Wahlergebnis der NSDAP — sie erreichte in der Steiermark bei den Nationalratswahlen einen Tag darauf etwas über 3%, in Graz-Stadt 4,2%¹⁷ — und dokumentiert die bereits starke Faschisierung unter den Studierenden. Berücksichtigt muß dabei noch werden, daß der Grazer NSDStB im Sommersemester 1930 noch ein kleiner Kader mit nur 29 Mitgliedern war und daß der Ausbau und die Schulung der Parteikader der NSDAP in der Steiermark erst 1932 einsetzte.¹⁸

Ein Aspekt für diesen Erfolg sind in den unmittelbaren politischen Ereignissen dieses Jahres zu suchen. Am 14. September 1930 wurde in Deutschland der neue Reichstag gewählt. Das Wahlresultat erregte großes Aufsehen, die bis dahin mit 800.000 Stimmen nahezu bedeutungslose NSDAP bekam jetzt weit über 6 Millionen Stimmen und zog als zweitstärkste Partei hinter den Sozialdemokraten in den Reichstag ein.



Abb. 48: 1918 glaubten wenige an ein eigenständiges Österreich: So der Beschluß vom 12. November.

Im darauffolgenden Jahr häuften sich die Erfolge für den NSDStB. Diese Wahlerfolge an den Wiener Hochschulen im Februar 1931 dienten — wenn auch teilweise übertrieben dargestellt — als Grundlage für nationalsozialistische Propaganda in Graz und standen denen auf deutschen Hochschulen um nichts nach. Der nächste Erfolg für den NSDStB war der 14. Studententag der »*deutschen und deutsch-österreichischen Studenten*« im Juli 1931, der in Graz stattfand, um den »*großdeutschen Gedanken*« zu demonstrieren. Der Stellvertreter von Baldur v. Schirach als Führer des NSDStB, Walter Lienau, wurde zum Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft gewählt. Als Stellvertreter wurden ein nationalsozialistischer Waffenstudent und ein rechtsradikaler Freistudent bestellt.¹⁹ Um einen Sieg des NSDStB bei den jährlich fälligen Kammerwahlen der DSt in Graz zu verhindern, versuchten nun die Vertreter des KDAa und die wehrhaften Deutschnationalen alle Tricks, die Wahlen hinauszuschieben, da der NSDStB seine Aktivitäten im Herbst 1931 noch verstärkte. Dies gelang ihnen im Dezember 1931 und auch noch im Sommersemester 1932.

Noch waren die traditionellen Führungskräfte nicht bereit, sich dem NSDStB und damit der NSDAP unterzuordnen, 1931 und noch in der ersten Hälfte des Jahres 1932 standen die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten einander feindlich gegenüber. Eine Unterordnung wurde zunächst als Verlust der studentischen Autonomie empfunden, da der NSDStB als Gliederung der NSDAP, mit der Verpflichtung zum Parteieintritt, von deren Weisungen abhängig war.²⁰ Ein weiterer Aspekt waren wohl die Standesdünkel der Kooperierten — der NSDStB unterstand vom Oktober 1931 bis zum April 1932 der nichtstudentischen SA. Im Mai 1932 tauchten z. B. bei einer Studentenversammlung über die Kammerwahlen SA-Männer auf und riefen: »*Jetzt wird es Zeit, prügeln wir zuerst die Katholen hinaus und dann alle anderen*«. Solches Vorgehen wurde nicht nur von den CV-Studenten, sondern vermutlich auch von den deutschnationalen Kooperierten nicht gerade positiv aufgenommen.²¹

Dennoch kam es am 6. Juli 1932 zu einer Vereinbarung zwischen dem NSDStB und den waffenstudentischen Korporationen, die bei künftigen Wahlen — zu diesen kam es jedoch nicht mehr — eine gemeinsame Liste vorsah. Dieses Vorgehen war der Ausgangspunkt für derartige Übereinkommen an den anderen österreichischen Hochschulen, wobei es in Wien wegen der Satisfaktionsfrage zu Widerstand kam. Sicherlich mag die 'Durchsetzung' bzw. 'Unterwanderung' der deutschnationalen Gruppierungen eine gewisse Rolle gespielt haben, doch es wäre falsch, hier eine politische Gegnerschaft zu konstruieren. Selbst der 'Ring katholisch-deutscher Burschenschaften' (RKDB) unterstützte den NSDStB und versuchte 1932 von Graz aus, eine nationalsozialistisch orientierte katholische Studentenschaft an allen österreichischen Hochschulen zu errichten.

Daß es in Wien wegen der Austragung der »*Ehrenhändel*«, wegen der Satisfaktionsfrage, zu Widerständen kam, zeigt die wahren Motive einer vorerst vorhandenen Skepsis gegen ein gemeinsames Vorgehen. Hier die ständisch bornierten Korporationen mit ihren Duellen, Pflichtmessen und Ritualen, dort der NSDStB, der sich 'ohne Tradition' sogar mit den 'Proleten' der SA abgab. Der NSDStB dürfte seinerseits die Selbständigkeit der einzelnen Verbindungen akzeptiert haben, da diese später ja als 'Kameradschaften' im NSDStB weiterexistierten. Durch das Fallenlassen der Standesdünkel zerbrach jedoch die »*Koalition zwischen den katholischen und jenen nationalen Studenten ... die eine Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus ablehnten*«. ²² Am 3. Dezember 1932 traten die katholischen Studenten aus der DSt aus, erklärten sie einseitig als aufgelöst und begannen den Aufbau einer katholisch-deutschen Hochschülerschaft.

„Nach bedauerlichen Vorfällen auf einzelnen österreichischen Hochschulen hat die Katholisch-Deutsche Hochschülerchaft Österreichs die Mitarbeit in der Deutschen Studentenschaft eingestellt. Der Aufbau und Bestand der Deutschen Studentenschaft wird durch diesen Schritt natürlich nicht berührt. Es ist zu hoffen, daß es im Interesse einer wirksamen Vertretung studentischer Belange gelingt, alle Gruppen der Deutschen Studentenschaft wieder zur Mitarbeit heranzuziehen.“

Die Deutsche Studentenschaft der Grazer Hochschulen.

Abb. 49:

Im Dezember 1932 traten die katholischen Verbände aus der Deutschen Studentenschaft aus.

Auf der anderen Seite erklärte am 9. Mai 1933 ein »Vertreter der deutschen Studentenschaft« die Bereitschaft zum »Bekenntnis zur nationalen Opposition« und zum »Hineinstellen aller österreichischer Waffenstudenten in die Kampfreihen der nationalen Revolution«, nachdem nach den Semesterferien 1933 die Studenten der steirischen Hochschulen massiv die NS-Aktivitäten mitgetragen hatten und in Graz immer wieder 'Heil-Hitler'-Rufe laut und NS-Lieder gesungen wurden, wobei Verhaftungen kaum Wirkung zeigten. So wurde bald darauf das Beitrittsverbot zum NSDStB aufgehoben, da es »infolge seiner neuen Einstellung nicht mehr begründet schien«, und für Angehörige der deutschnationalen Korporationen wurde die Mitgliedschaft bei SA, SS oder Heimatschutz verpflichtend.²³

Hinter diesen Vorgängen stand eine politische Entwicklung, die auch zum Erstarken des Nationalsozialismus beitrug:

Noch 1930 war es zu Spannungen zwischen den Heimwehren und den Christlichsozialen gekommen. Am 18. Mai 1930, bei der Führertagung des niederösterreichischen Heimatschutzes, wurde der berühmte 'Korneuburger Eid' abgelegt:

»Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat. Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteienvertretern, sondern aus den führenden Personen der großen Stände und aus den fähigsten und bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird.«²⁴

In der damals noch vereinigten Heimwehr gab es auch ein Grazer Studentenbataillon. Am 3. Juli 1930 wurde von der akademischen Legion des Heimatschutzes »in feierlicher Weise« ebenfalls der 'Korneuburger Eid' abgelegt. Alle 21 wehrhaften Korporationen legten das Gelöbnis ab, in dem »das Streben des Heimatschutzes nach der Macht im Staate, der Kampf gegen Korruption und Zentralismus und das Bekenntnis zu einem deutschen Österreich ausgedrückt« war.²⁵

Bei den Nationalratswahlen 1930 kandidierten die Heimwehren unter der Bezeichnung 'Heimatblock' als eigene Partei, die steirische Heimwehr nahm dann aber eine andere Entwicklung.²⁶ Die Richtungskämpfe innerhalb der Heimwehren führten dazu, daß der steirische Heimatschutz und Teile der Kärntner Heimwehren die deutschnationale Komponente besonders herausstrichen und 1933 mit den Nationalsozialisten eine »Kampfgemeinschaft« schlossen. Im Frühjahr 1933 wechselte der sogenannte Kammerhofer-Flügel des Steirischen Heimatschutzes formell geschlossen zur NSDAP, nachdem bereits im Vorjahr einzelne Heimwehr-Ortsgruppen diesen Beschluß gefaßt hatten.

Am 20. Mai 1932 trat die Regierung Dollfuß ihr Amt an. Obwohl er ursprünglich für den Anschluß eingetreten war, nahm Dollfuß als Bundeskanzler Kurs auf eine von Deutschland unabhängige Mitteleuropapolitik, die sich finanziell auf Frankreich, politisch auf das faschistische Italien und ideologisch auf die Propagierung einer »deutschen Sendung Österreichs im Donaauraum« stützte.²⁷

Im Zuge einer Abstimmung traten am 4. März 1933 die drei Nationalratspräsidenten zurück. Das Parlament hatte keinen Präsidenten mehr, der die Sitzung hätte leiten können, die Abgeordneten gingen auseinander, ohne daß die Sitzung formell beendet worden wäre.²⁸

Am 30. Jänner 1933 hatte Hitler in Deutschland die Macht übernommen, wodurch die österreichischen Nationalsozialisten einen mächtigen Verbündeten hatten. Am 5. März fanden in Deutschland Reichstagswahlen statt, die für die christliche Zentrumspartei niederschmetternd ausfielen. An Neuwahlen, wie sie die Führung der Sozialdemokraten forderte, war daher nicht zu denken. Am selben Tag beriet sich die Führung der Christlichsozialen Partei und faßte den Beschluß, ohne Parlament zu regieren. Dollfuß fehlte bei dieser Sitzung. Er hielt in Villach eine Bauernkundgebung ab, und seine dort gehaltene Rede war eine flammende Anklage gegen den Parlamentarismus. Am 7. März beschloß der Ministerrat mit Hilfe des 'Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes' den Kurs fortzusetzen, ein Versammlungsverbot und die Pressezensur wurden eingeführt.²⁹ Um das diktatorische Regime 'legal' durchführen zu können, zog die Regierung ein kriegsbedingtes Gesetz aus dem Jahr 1917 heran, das ein Notverordnungsrecht vorsah.³⁰ Am 15. März versuchten Großdeutsche und Sozialdemokraten eine Sitzung des Nationalrates einzuberufen, was durch massiven Polizeieinsatz unmöglich gemacht wurde. Der Zusammentritt der Abgeordneten wurde als Durchführung einer »polizeilich nicht genehmigten Versammlung im Parlamentsgebäude« verhindert.³¹

Die Vereinbarung vom 6. Juli 1932, die den NSDStB als dominierende Kraft bei den waffenstudentischen Korporationen ausweist, und die klare Absichtserklärung vom 9. Mai 1933, sich an der 'nationalen Revolution' zu beteiligen, zeigen bereits die Stärke des Nationalsozialismus unter den Studenten auf. Dieses Erstarken während der Legalität der NSDAP — aber auch während der Illegalität, auf die noch eingegangen wird — hatte mehrere Gründe:

Der NSDStB war eher 'Nutznießer' als Verursacher der Faschisierung der Studierenden. Deutschnationalismus, Antisemitismus und Antidemokratismus, wichtige ideologische Faktoren des Nationalsozialismus, waren bereits dominierend. Auch elitäres Denken und das Führerideal des Nationalsozialismus spielten eine Rolle. Organisationen, die diese Inhalte vehement vertraten, die deutschnationalen Korporationen und Teile der katholischen Studentenverbindungen, konnten so zu Bündnispartnern werden, um schließlich ganz im NSDStB aufzugehen.

Die NSDAP hatte in den 30er Jahren in Südösterreich, bei Gewerbetreibenden, Angehörigen freier Berufe und Beamten — aus diesen Schichten rekrutierte sich ein hoher Anteil der Studierenden — und bei den 20 bis 29jährigen überproportional viele Mitglieder bzw. Anhänger. Lauter Faktoren, die an den Grazer Hochschulen kummulierten. So waren die Studenten innerhalb der NSDAP, gemessen an ihrem gesamtgesellschaftlichen Anteil, stets überrepräsentiert.³²

Auch die Wirtschaftskrise, die wirtschaftliche Lage und die schlechte Arbeitsmarktsituation spielten eine große Rolle. Bereits 1930 war nur ein kleiner Teil der Absolventen der THG im öffentlichen Dienst untergekommen, das Gros war auf die Privatwirtschaft angewiesen.³³ Die Zahl der Studierenden sank in den 30er Jahren rapid ab, allgemein ist für alle Technischen

Hochschulen, aber auch für alle Universitäten und Hochschulen Österreichs, ein starkes Abnehmen zu konstatieren. 1934 gab es auch unter Akademikern eine Arbeitslosenrate von etwa 10%.³⁴ Von den ausgebildeten Ingenieuren der THG wanderten bis zu 90% nach Deutschland, das »Altreich«, ab.³⁵

Treffend wurden diese Faktoren in einem Leitartikel mit dem Titel »Woher kommen Hitlers 6 1/2 Millionen Stimmen?«, der den Wahlerfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1930 analysierte, dargestellt:

»Da ist das Gros der Studenten und sonstigen jungen Akademikern. Bei ihnen fällt die antisemitische Hetzphrase auf besonders dankbaren Boden. Der Jude wird als unbequemer Konkurrent empfunden. Sie sind fanatisch nationalistisch. Den Krieg kennen sie nicht ...«³⁶



Gedruckt
Sonntags Nachh.
Mittwoch 20. Okt.

Die Welt am Montag



Erscheint
Montags früh.
Die Politik und Kultur

Woher kommen Hitlers 6 1/2 Millionen Stimmen?

Die Hitlerwähler setzen sich aus zwei Kategorien zusammen: einer kleinen Minderheit von Rationalsozialisten, die auf das Haltenfest eingeschoren sind, und einer riesigen Mehrheit von Mittäufsern. Keine andere deutsche Partei ist so labil, wie die nationalsozialistische, d. h. bei keiner anderen ist das Mißverhältnis zwischen Stammtunden und Laßtunden ebenso groß. Sozialdemokratie, Kommunisten, Zentrum, Demokraten, Volkspartei — überall gibt es Schwankungen, recht erheblich vielleicht. Aber bei keiner anderen Partei ist es denkbar, daß eine plötzliche Kerneinfachung erfolgt, die vielleicht bei der nächsten Wahl von einer Drittelung abgelöst wird.

Idealisten mit verirrtem Kopf und Bandtschneide ohne Kopf, insgesamt ein paar hunderttausend Mann, das ist Hitlers Kerntruppe.

Die Millionen der Wähler, die er diesmal meißern konnte, dank der Gunst der Umstände, d. h. dank der Ungunst der Wirtschaftslage, rekrutierten sich aus den verschiedensten Schichten.

Da sind Arbeiter, selbst genommen nicht sehr viele, aber eine Million wird es doch wohl gewesen sein. Es sind Landarbeiter, die sich immer noch dem »gnädigen Herrn« abhängig fühlen und von ostelbischen Grundbesitzern für Hitler kummerniert wurden. Es sind jene labilen Elemente, die erst bei den Kommunisten hoptiert haben und sich nun den Nationalsozialisten zuwenden, weil diese sich noch radikalere Gedanken. Es sind junge Leute, Freizeitschulgen, Chauffeure usw., die sich etwas Besseres dünken, als die Masse der gewerkschaftlich organisierten Fabrikarbeiter.

Da sind Massen von Angestellten, insbesondere aus den Kreisen der deutschnationalen Handlungsgesellschaften, die berüchtigten oder berüchtigten Stützpunktpromotoren. Ihr Interesse müßte sie in eine Einheitsfront mit den Arbeitern führen. Aber ihr »Standesgefühl« ist härter als ihre logische Einsicht.

Da ist das Gros der Studenten und sonstigen jungen Akademiker. Bei ihnen fällt die antisemitische Hetzphrase auf besonders dankbaren Boden. Der Jude wird eben als »unbequemer Konkurrent empfunden. Sie sind fanatisch nationalistisch. Den Krieg kennen sie nicht. Darum begeistern sie sich für ihn. Sie sind besessen von der Mentalität der Leute à la Scheringer und Rubin.

Da sind bedauerlich viele Beamte. Ihre politische Freiheit verdanken sie ausschließlich der Republik. Aber leider hat ihnen die Republik mit der politischen Freiheit nicht auch zugleich das politische Denken geben können, das ihnen in der Kaiserzeit ausgetrieben worden war. Sie sind ein besonders dankbares Objekt für Demagoguen.

Da ist vor allem der große Haufen des sogenannten selbständigen Mittelstandes. Diese Millionen von Handwerfern, Gewerbetreibenden und Kleinrentnern führen seit der nach 1871 einsetzenden großindustriellen Entzweiung einen verzweifeltesten Kampf um ihre Existenz. Es fehlt ihnen an wirtschaftlicher Einsicht. Darum fallen sie auf jeden Schwärmer heren, der ihnen die Wiederherstellung des »goldenen Bodens« durch Kampf gegen Juden und Warenhäuser, gegen Börse und Gemeindefreiheit verspricht. Einst ließen sie Stöcker und Schwarzdt nach, heute ist Hitler ihr Prophet.

Das ist das erschütternde Trostlose an dem Wahlergebnis vom 14. September, daß die Welt sehen muß, wieviel Millionen politische Analphabeten es noch in Deutschland gibt.

Die Millionen der Hitlerwähler sind nicht etwa ebenso viel Millionen zum Revanchekrieg entschlossener Leutonen. Sie denken gar nicht daran, ihr Blut riskieren zu wollen. Sie möchten nur ihr Gut wahren und sie bilden sich ein, die nationalsozialistische Gadsch: sei der Weg in die Steuerfreiheit.

Das ist beruhigend — für das Ausland — und höchst demütigend für das Inland. Denn wie soll irgendeine Regierung vernünftig Politik machen mit Millionen von Wählern, die noch nicht einmal das politische ABC kopiert haben?

H. v. Gersdorff

Abb. 50: Auszüge aus einem Leitartikel in der Berliner Zeitung »Welt am Montag« vom 6. Oktober 1930.

Am 13. März 1933 erklärte der Wiener Heimwehrführer Emil Fey, seit dem 17. Oktober 1932 Staatssekretär für Sicherheitswesen, »die beste Art, um dem Nationalsozialismus den Wind aus den Segeln zu nehmen«, sehe er im Kampf gegen die Linke.³⁷ Obwohl gerade diese Politik insofern dem Hitler-Faschismus Vorschub leistete, als sie ihm die 'Arbeit' der Niederschlagung der Arbeiterbewegung abnahm, folgten Schlag auf Schlag weitere Aktivitäten in diese Richtung.³⁸ Eine Kursabkehr wollte Dollfuß mit allen Mitteln verhindern, wie Neuwahlen ausfallen würden, war leicht vorstellbar. Bei den Wiener Landtagswahlen am 24. April 1933 war die christlichsoziale Fraktion halbiert worden, die Großdeutschen entsandten keinen Vertreter mehr, das alles zu Gunsten der Nationalsozialisten.

Noch im März 1933 wurde die 'Arbeiterzeitung' unter Vorzensur gestellt und die Wehrformation der Arbeiterbewegung, der 'Republikanische Schutzbund', verboten. Zur selben Zeit erklärte der Landesinspektor der österreichischen NSDAP, Theo Habicht, dem Bundeskanzler, daß er mit seiner Tätigkeit »sehr zufrieden« sei, weil die Schwächung der Sozialdemokratie zur Stärkung des Nationalsozialismus führe. Dollfuß antwortete darauf: »Ich bin so antimarxistisch, daß ich auch das in Kauf nehme.«³⁹

Nachdem im Mai Verhandlungen mit den Nationalsozialisten scheiterten, setzte bedenklicher NS-Terror ein, der seinen Höhepunkt am 19. Juni in Krems in einem Handgranatenattentat fand: Ein Todesopfer und 29 Verletzte. Durch das faschistische Italien gestärkt, konnte Dollfuß zunächst gegen die Nationalsozialisten vorgehen. In einer außerordentlichen Ministerratssitzung wurde am 20. Juni 1933 beschlossen, daß der »NSDAP (Hitlerbewegung) und dem Steirische Heimatschutz (Führung Kammerhofer) aufgrund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes jede Betätigung in Österreich verboten« ist.⁴⁰ Als sich angesichts der »Kampfgemeinschaft« zwischen NSDAP, Teilen der Heimwehr und ab Mai auch der Großdeutschen Volkspartei, die Regierung am 11. Mai entschloß, weitere Wahlen und das Tragen von NS-Uniformen zu verbieten, wurde noch am selben Tag in der 'Reichspost', dem christlichsozialen Zentralorgan Österreichs, die »Behauptung, daß die Christlichsozialen gegen die nationalsozialistische Freiheitsbewegung mit Haß erfüllt seien ... mit aller Entschiedenheit« zurückgewiesen: Die 'Reichspost' wünschte vielmehr »der nationalsozialistischen Bewegung im Reich eine rasche Stabilisierung und einen durchgreifenden Erfolg«!⁴¹ In Österreich waren die Nationalsozialisten für die Regierung jedoch unangenehme Gegner. So erklärte Vizekanzler Emil Fey im Oktober 1933: »Wir kämpfen einen Zweifrontenkampf. Der Kampf gegen den internationalen Bolschewismus ist uns ein wahres Vergnügen, weil wir ihn aus unserem Innersten heraus führen ... Der Kampf gegen die braune Front wird von uns aus Pflichtgefühl und Selbsterhaltungstrieb geführt.«⁴²

Im Zuge des NSDAP-Verbotes wurde am 21. Juni 1933 auch der NSDStB in Graz aufgelöst. Vorher war es auch an den Hochschulen zu Tumulten gekommen, die Universität Wien mußte z. B. Ende Mai für das ganze Semester geschlossen werden. Auch in Graz kam es zu Krawallen, so berichtete das 'Grazer Volksblatt' am 13. Juni 1933: »Aus den Hörsälen wurden Tische und Bänke getragen und die Eingänge zu den Hörsälen sowie zur Universität verbarrikadiert. ... Am Gebäude der Universität wurde eine zehn Meter lange Hakenkreuzfahne gehißt, die jedoch über Einschreiten der Polizei entfernt wurde.«⁴³

In seiner berühmten 'Trabrennplatzrede' vom 11. September 1933 proklamierte Dollfuß sein Programm für die Aufrichtung des autoritären Ständestaates: »Die Zeit der Parteienherrschaft ist vorbei.«⁴⁴ Noch gab es aber die Sozialdemokraten, die in den Landtagen saßen und den Wiener Gemeinderat beherrschten. Ihre Beseitigung wurde von Mussolini gefordert, auch die

An Österreichs Volk!

Der Nationalrat, der geringste Verbleibende der Republik Österreich, ist gelähmt und handlungsunfähig. Mit ihm hat sich das letzte Stück unserer Verfassungsgewalt über die Vollstreckung einer Wahlurnung am Samstag, den 4. März 1933, zerlegt und über die Verhältnisse über die Erde zerlegt.

Zur Zeit ist in der Verfassung und in der Geschäftsführung nicht mehr da, es bleibt aber nur ein:

eine schwere Krise des Parlaments.

Die Regierung macht nicht, hat bei Esch bereits einen altmodischen, dem allgemeinen Wahlvertrauen entfremdeten. Die Forderung eines Stimmens liegt aber nicht allein bei der Regierung, sondern ebenso beim Staatsoberhaupt und bei der Regierung. Für den letzten Bundespräsidenten muss eine regelmäßige Regierung im Amt sein. Sie ist nun bei Parlamentarismus, der aber die letzten Grundgesetze warnt, nicht mehr!

es gibt daher keine Staatskrise!

Die Bundesregierung ist nicht zufrieden, ihre Wünsche gegenüber Volk und Heimat in jeder Hinsicht zu erfüllen. Die Bundesregierung wird mit dem besten Willen (Gegner haben Sorge tragen, hat Ruhe und Ordnung gegenüber jedem Störungswort nicht schuldig werden. Sie fordert alle Volksgenossen ebenso wie die politischen Parteien und die Zeitungen auf, die Bundesregierung zu unterstützen und damit bei der Arbeit, die die politischen Verbände der Bundesregierung durchzuführen sollen.

Um in dieser außergewöhnlichen Zeit der Ruhe und Ordnung zu führen, hat die Bundesregierung die auf weitere:

alle Aufmärsche und Versammlungen verboten

und durch eine Verordnung auf Grund des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes zum Verbot der Versammlung.

Staat- und volkschädliche Mißbräuche der Pressefreiheit

sowie Verleumdungen gegen die öffentliche Sittlichkeit zu verhindern und zu bestrafen.

Kriegswirtschaft. Die Bundesregierung wird sich bemühen, um in der kriegswirtschaftlichen Wirtschaft:

Hilfe und Erleichterung

bringen zu können. Die soziale Volkswirtschaft und Volkswirtschaft gilt den Arbeitern und Angehörigen, insbesondere denen, die ihre Arbeit nicht verlieren können, den Beamten, die mit großen Sorgen ihre Aufgaben haben müssen, den Gewerbetreibenden, Industriellen und Kaufleuten, die bei der Lösung der Wirtschaftlichen Probleme nur mit großer Aufmerksamkeit in der Lage sein können und den Bauern im Hinblick auf die in der Wirtschaft, deren bei jeder geringen Krise durch die Notwendigkeit der Wirtschaft und durch Verleumdungen, insbesondere durch die Wirtschaft.

Wir sind ein armes, von Hunger und Not bedrohtes Volk geworden. Dem es ein geringes Ziel ist, hat in diesen Verhältnissen der Hunger und erger ist. In diesem Sinne hat man zusammenhalten. Ein Volk, das in dieser Zeit hat mit einer guten Familie im Gegensatz zu anderen, hat in der Wirtschaft und Wirtschaft, kann sich nicht erlauben, mit seiner Freiheit und Selbständigkeit zu verlieren, ist ein Rechtswort.

Zur Zeit ist für politische Parteien, Parteien und Verbände, ist ein:

gemeinsame Arbeit in gemeinsamer Arbeit zu gemeinsamem Wiederaufstieg!

Bürger! Die Bundesregierung führt sich diesen Weg und wird alle Mittel des gemeinsamen Nationalrat für diese Zeit einnehmen.

Folgt uns! Helft uns!

Es gilt, Österreichs heilige und lautierte Volk aus Verwirrung und bösen Verleumdungen zu retten.

Wien, am 7. März 1933

Die Bundesregierung der Republik Österreich.

Abb. 51: 7. März 1933: Mit Hilfe des »Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes« errichtete der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß die Diktatur und setzte Grundrechte außer Kraft.

Heimwehren bestanden auf eine radikale Ausschaltung der Linken.⁴⁵ Anfang Februar traten die Heimwehren den Angriff an und forderten einen 'Landesausschuß' mit bestimmendem Einfluß. Am 11. Februar verkündete Fey nach einer Gefechtsübung der Heimwehr: »Die Ausdrachen von vorgestern und gestern haben uns die Gewißheit gegeben, daß Kanzler Dr. Dollfuß der Unsrige ist. Ich kann euch auch noch mehr, wenn auch nur mit kurzen Worten sagen: Wir werden morgen an die Arbeit gehen, und wir werden ganze Arbeit leisten.«⁴⁶

Am 12. Februar 1934 um 7 Uhr früh umzingelte Polizei das Linzer Arbeiterheim im Hotel Schiff, der oberösterreichische Schutzbundführer Richard Bernaschek hatte am Vortag von der geplanten Aktion erfahren und der Parteiführung dagegen Widerstand angekündigt. Gegen den Willen der Parteiführung kam es zu Kämpfen, die sich rasch ausweiteten, zum 'Bürgerkrieg' von 1934.⁴⁷ Der »Putsch gegen die legitime Regierung«, die »marxistische Revolte« — so das Dollfuß-Regime — wurde niedergeschlagen. Otto Bauer bezeichnete die Februartkämpfe als »Aufstand der österreichischen Arbeiter«⁴⁸ und der ehemalige Landbund-Vizekanzler Franz Winkler, sicher kein Freund der Linken, schrieb 1935: »Der rote Aufstand war eine in der Geschichte einzig dastehende revolutionäre Handlung ... Die Schutzbundrebelln vom 12. Februar 1934 standen auf den Barrikaden zur Verteidigung der in Geltung stehenden Verfassung.«⁴⁹

Bereits am 9. Juni 1933 gebrauchte der christlichsoziale Heeresminister Vaugoin die Formulierung, man habe die Sozialdemokratie »Glied für Glied zum Krüppel geschlagen«. Und im selben Jahr erklärte Fey bei einer Rede in Graz im Zusammenhang mit dem Verbot des traditionellen 1. Mai-Aufmarsches: »Wir haben es probiert, und Sie haben gesehen, nicht mit den Ohrwäscheln hat einer gewackelt, sondern aus war's mit dem roten Zauber. So haben wir den Bolschewismus überall ... zurückgedrängt.«⁵⁰

Am 12. Februar 1934 wurde im Zuge der Februartkämpfe in einer außerordentlichen Ministerratssitzung eine Verordnung erlassen, »womit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs jede Betätigung in Österreich verboten wird«.⁵¹ Am 20. April 1934 wurde die 'Vereinigung sozialistischer Hochschüler' in Graz behördlich aufgelöst. Deren Mitglieder hatten in den 30er Jahren in enger Zusammenarbeit mit der 'Sozialistischen Arbeiterjugend' gegen die immer stärker werdende nationalsozialistische Bewegung gearbeitet, was auch zu ersten Zusammenstößen führte. Auch an den Februartkämpfen gab es eine starke Beteiligung. Danach zerstreuten sich die Mitglieder, und im Oktober konnte der Polizeidirektor melden: »Der Verein hat nach den hier amtlichen Erhebungen seine Tätigkeit tatsächlich eingestellt.«⁵²

Am 17. März 1934 wurden die sogenannten 'Römischen Protokolle' unterzeichnet, ein Beistandsvertrag mit Italien und Ungarn. Bald darauf, am 1. Mai 1934, wurde eine, von demokratischen Relikten 'gereinigte', berufsständisch-autoritäre Verfassung proklamiert, deren Text mit den Worten »Im Namen Gottes« begann.⁵³

Das Jahr 1934 hatte mit einer Terrorwelle der Nationalsozialisten begonnen. Um den ersten Jänner gab es 140 Sprengstoffanschläge. Im Jänner versuchte Dollfuß auch mit Theo Habicht, der nun von München aus die NSDAP in Österreich leitete, ins Gespräch zu kommen, wie eine »Einstellung der Feindseligkeiten« und die »Beruhigung der österreichischen Nationalsozialisten« zu erreichen sei. Auf Druck der Heimwehrführer Fey und Starhemberg fanden diese Gespräche nicht statt, interessant ist aber, daß die illegale NSDAP während der Februartkämpfe ihre Aktivitäten einstellte. Habicht proklamierte sogar einen bis zum 28. Februar befristeten »Waffenstillstand«. In der 'Trabrennplatzrede' hatte Dollfuß versichert: »Wir Österreicher

Einzelpreis 10 g

Extraausgabe des

Arbeiterwille

Organ des arbeitenden Volkes für Steiermark und Kärnten

Nummer 41

Donn., Montag, 12. Februar 1934

45. Jahrgang

Alarm! Alles heraus zum Endkampf gegen den Faschismus!

Generalstreik in ganz Oesterreich ausgerufen!

Heute früh sollte im Parteihaus in Linz eine Hausdurchsuchung stattfinden. Die Linzer Arbeiter aber ließen sich nicht wehrlos dem Faschismus ausliefern und verteidigten das Parteiheim mit Waffengewalt. Zum Sturm gegen das Parteiheim wurde Bundesheer eingeführt, gegen das sich die Linzer Schutzbündler heldenmütig wehrten. In Oberösterreich ist spontan der Generalstreik ausgebrochen, daraufhin haben Partei und Gewerkschaften den Generalstreik in ganz Oesterreich proklamiert.

Arbeiter! Angestellte! Republikaner! Sozialisten!

Nun gilt es den Endkampf gegen Diktatur und seine Faschisten! Den Endkampf gegen Kapitalismus, Wirtschaftsnot und Bedrückung aufzunehmen und zum Siege zu führen.

Der Kampf wird von der Arbeiterklasse mit allen Mitteln und aller Entschlossenheit geführt! Jeder stelle seinen Mann! Jeder gebe sein Bestes her!

Es lebe der Sozialismus! Es lebe die um ihre Freiheitsrechte kämpfende Arbeiterschaft!

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs!
Der Bundesvorstand der freien Gewerkschaften!

Abb. 52: 12. Februar 1934: Letzte Ausgabe der Zeitung der Sozialdemokratie in der Steiermark, der Beginn des Widerstandes gegen die Diktatur und das Notverordnungsregime.

sind Deutsche und haben ein deutsches Land...« Der Nazifaschismus honorierte die politische Haltung vom »zweiten deutschen Staat« jedoch nicht. In Absprache mit der Münchner NSDAP-Führung, unternahm Einheiten der österreichischen SS am 25. Juli 1934 einen Putschversuch, der allerdings nach wenigen Stunden zusammenbrach. Dabei wurde Dollfuß im Bundeskanzleramt ermordet. Das Mißlingen veranlaßte die deutschen Faschisten zunächst eine Politik der 'friedlichen' Verflechtung der beiden Staaten aufzugreifen.⁵⁴

Nach dem 'Juli-Putsch' wurden auch verschiedene deutschnationale Vereine verboten, das legale Überbleibsel war auf Hochschulboden der CV. Als Instrument des politischen Katholizismus wurde dieser nun favorisiert, um eine vaterländisch-treue Exekutive zu schaffen. Er war unter Dollfuß zur staatstragenden Organisation avanciert und zum »Träger der studentischen Selbstverwaltung« in der neuen Studentenvertretung, der bereits am 1. Oktober 1933 — nach der Auflösung der 'Deutschen Studentenschaft' — eingesetzten 'Sachwalterschaft'. Die Austrofaschisten interessierten an den Hochschulen hauptsächlich zwei Probleme: Die Einbindung der Professoren und Studierenden in die rechte Vaterländische Gesinnung, was durch Personalpolitik geregelt werden sollte. Bei den Studierenden garantierte der CV die bedingungslose Unterstützung der Regierungspolitik. Den Hochschulen oblagen nach dem Hochschulziehungsgesetz von 1935 neben Forschung und Lehre auch »die Erziehung zu sittlichen Persönlichkeiten im Geiste vaterländischer Gemeinschaft«. Die zweite Sorge galt der »Vermassung« der Hochschulen. Verschiedene Verfahren der »verschärften Auslese« wurden diskutiert: Die Fernhaltung von Frauen, ein allgemeiner numerus clausus, eine Studienzeitverlängerung, Gebührenerhöhung, Aufnahmeprüfungen und ein politisches Vorbereitungssemester. Einige dieser Maßnahmen wurden auch durchgeführt, und die Zahl der Studierenden sank noch weiter ab.

Für Graz bzw. für die THG läßt sich für diesen Zeitraum feststellen:

In der ersten Hälfte des Jahres 1933 beschlossen der NSDStB und die deutschnationalen Korporationen ein gemeinsames politisches Vorgehen. Es kam in ganz Österreich zu Ausschreitungen und Hochschulkrawallen. An der THG gab es zwischen dem Parteiverbot und dem 'Juliputsch' von 1934 noch keine organisierte NSDStB-Führung. Die Hauptträger der Aktivitäten waren die Angehörigen der verschiedenen Formationen der NSDAP und die Vertreter deutschnationaler Korporationen.

Nach dem mißlungenen Putschversuch begann der NSDStB mit dem Aufbau einer Organisation und einer »studentischen Führung«, um »alle nationalsozialistischen Hörer« einzubinden. Bei den Lehrenden begannen sich schon ab 1933 die einzelnen NSDAP-Mitglieder zu organisieren. Dadurch sollten u. a. Mittel und Wege gefunden werden, um Regierungsmaßnahmen zu durchkreuzen und praktisch möglichst unwirksam zu machen. Durch den ständigen Kontakt mit den nationalsozialistisch gesinnten Professoren wurde die damalige studentische NS-Führung, im Gegensatz zur Sachwalterschaft, aufgewertet.

Während der Zeit des 'Ständestaates' sind Entfernungen von nationalsozialistischen Professoren nicht nachweisbar, exponierte Nationalsozialisten wie Dr. Armin Dadiou oder Dr. Adolf Härtel blieben im Amt. Entlassen wurde jedoch Dr. Alfons Leon, ein Sozialdemokrat.⁵⁵ Als Maßnahme wurde 1934 die THG, die »als nationales Bollwerk galt«, mit der Montanistischen Hochschule Leoben, die einen hohen Grad der Faschisierung aufwies, zu einer Gesamthochschule vereinigt, 1937 jedoch wieder getrennt. Dieses Vorgehen erfolgte, laut Hochschulgeschichtsschreibung, nur »aus Gründen der Ersparnis«.⁵⁶ Deutschnationale Kreise stellten hier dagegen fest: »Als Folge des Juliputsches wurde die Leobner Montanistische Hochschule

mit der Grazer Technischen Hochschule zusammengelegt — offiziell wurde allerdings der Grund nachlassender Hörerzahl vorgeschoben.⁵⁷ Die ab 1935 nach dem 'Hochschulernziehungsgesetz' stattfindenden Pflichtvorlesungen wurden oft durch organisierte Krawalle derart gestört, daß Polizeieinsätze notwendig waren.⁵⁸ Die vorgeschriebenen »vormilitärischen Übungen« und die »Schulungsdienstzeit in Hochschullagern« fanden offenbar nicht verbindlich statt.

Nach der Ermordung von Dollfuß wurde Dr. Kurt Schuschnigg Bundeskanzler. Die VF, die alle Gegner der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten vereinigen sollte und 1934 an die Stelle aller Parteien trat — auch die Christlichsoziale Partei hatte sich selbst aufgelöst — wurde von Vizekanzler Ernst Starhemberg geführt. Der autoritäre Kurs in der Form einer Koalition — so bezeichnete es Schuschnigg selbst — zwischen dem politischen Katholizismus und dem Heimwehfaschismus wurde fortgesetzt, wobei den Heimwehren große Bedeutung zukam, denn im Mai 1935 war eine Vereinheitlichung aller Wehrverbände erfolgt.

1935 trat eine politische Entwicklung ein, die die politische Orientierung Österreichs an Italien beenden sollte. Nach dem italienischen Angriff auf Abessinien avancierte Deutschland zum Verbündeten, indem es Völkerbundsanktionen gegen Italien nicht unterstützte. So ließ Mussolini im Frühjahr 1936 bei einem Treffen mit Schuschnigg keinen Zweifel daran, daß ihm ein Ausgleich Österreichs mit Deutschland gelegen kam. Am 11. Juli 1936 unterzeichnete Schuschnigg das 'Juliabkommen'. In den offiziellen Vereinbarungen anerkannte Deutschland die volle Souveränität Österreichs und akzeptierte die NS-Bewegung als eine interne Angelegenheit, auf die Deutschland keinen Einfluß nehmen werde. Eine »Reihe von Einzelmaßnahmen als Voraussetzung für die Entspannung« waren Inhalt eines geheimen Zusatzabkommens, daß sich »Gentlemen's Agreement« nannte. In diesem ordnete sich Österreich als »zweiter deutscher Staat« unter, mußte den illegalen Nationalsozialisten Zugeständnisse machen und in der Folge NS-Vertrauensleute in die Regierung aufnehmen. Edmund Glaise-Horstenau zog als Minister in das Bundeskanzleramt am Ballhausplatz ein.⁵⁹

Am 4. April 1936, also noch vor der Unterzeichnung des 'Juliabkommens', wurde Schuschnigg ein umfassender Bericht vorgelegt, in dem es hieß, daß »Träger und Führer der illegalen Bewegung in Österreich vorwiegend die arbeitslose Intelligenz ist. Insbesondere sind es die Angehörigen der nationalen Studentenschaft, die in ihren Verbänden noch immer in der alten großdeutschen Ideologie erzogen werden und am Ende ihres Studiums die Unmöglichkeit sehen, in irgendeinem Beruf unterzukommen ...«. Auch der antisemitische Trend unter der Studentenschaft, die der jüdischen studierenden Jugend die besseren Zukunftschancen neidete, wurde in diesem Bericht der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit erwähnt, wobei der außenpolitische Berater, Dr. Theodor Hornbostel, als Randbemerkung dazufügte: »Weil sie nicht singt, sondern arbeitet.«⁶⁰

Noch am Abend des 11. Juli 1936 erklärte Schuschnigg in einer Rundfunkansprache: »Das alleinige und ausschließliche politische Tätigkeitsfeld für die Österreicher bleibt die Vaterländische Front.«⁶¹ Anfang August besuchte der neue »Befriedigungsminister« Glaise-Horstenau den kommissarischen Gauleiter der NSDAP Steiermark, Sepp Helfrich, und erklärte, im Auftrag des Bundeskanzlers die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der Regierung mit der »nationalen Opposition« erörtern zu wollen. Als Besprechungsergebnis wurde im Februar 1937 im Rahmen der VF ein 'Volkspolitisches Referat' geschaffen und Dr. Armin Dadiou im Oktober für die Steiermark mit der Führung betraut. Als Schuschnigg erklärte: »Wer bis zum 1. November 1937 nicht Mitglied der Vaterländischen Front ist, scheidet für immer aus dem

Kleine Zeitung

Die Zeitung wird im Verlage gegen Vorkauf
abgegeben. Preis 10 Schilling. Druck-
kosten werden durch den Verleger
übernommen. Verantwortlich: Dr. Dr.
Anton Dollfuß. Herausgeber: Dr. Dr.
Anton Dollfuß. Druck: Dr. Dr.
Anton Dollfuß.

Vertrieb: täglich, auch nach Feiertagen als Morgenblatt.
Kategorie: Zeitungsnummer: ebenfalls Nummer mit Adresse. Ober-
haupt: Dr. Dr. Anton Dollfuß. Die im rechtlichen Teil
enthaltenen rechtlichen Mitteilungen sind durch eine Zeitungsnummer
gekennzeichnet. Die Verantwortung für den Inhalt der Mitteilungen und
Korrekturen des Textes wird durch den
Verleger übernommen.

Wichtigste: für den Verleger
abgegeben. Preis 10 Schilling.
Vertrieb: täglich. Druck-
kosten werden durch den Verleger
übernommen. Verantwortlich: Dr. Dr.
Anton Dollfuß.

Nummer 203

Graz, Donnerstag 25. Juli 1935

32. Jahrgang



Sein Sterben war Sieg.

Ein Tag im Gedenken an Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß,
gefallen für Österreich am 25. Juli 1934.

Abb. 53: Gedenken an die Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß durch Nationalsozialisten am 25. Juli 1934 durch die katholisch orientierte »Kleine Zeitung«.

politischen Leben Österreichs aus«, war den Nationalsozialisten bereits die Möglichkeit gegeben, innerhalb dieser zu agieren.⁶² Bereits Ende Jänner 1937 hatte Schuschnigg auch den sogenannten 'Siebener-Ausschuß' ins Leben gerufen, dem die Nationalsozialisten Dr. Hugo Jury und Dr. Franz Tavs angehörten. Die Nationalsozialisten versuchten, wie aus einem von den Sicherheitsbehörden im Jänner 1938 gefundenen Plan hervorgeht, organisiert innere Unruhen zu produzieren, die zunächst ein deutsches Ultimatum und dann ein bewaffnetes Eingreifen rechtfertigen sollten. Dieselbe Politik verfolgte Dadiu in der Steiermark. Er besprach im Jänner 1938 in Berlin das weitere Vorgehen und erhielt dabei auch Unterstützung von Teilen der Industrie. Am 22. Februar 1937 kam der deutsche Reichsminister des Auswärtigen, Konstantin Freiherr von Neurath, zum Staatsbesuch nach Wien und forderte eine Währungsunion, um die Eingliederung der österreichischen Industrie in die deutsche Wirtschaftsplanung zu perfektionieren. Im selben Jahr, am 24. Juni 1937, wurde eine »Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht« erlassen, die einen besonderen Abschnitt über Österreich mit dem Titel »Sonderfall Otto« enthielt.

Am 5. November 1937 versammelte Hitler seine militärischen Führer, über die Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei wurde beraten: »Die Angliederung der beiden Staaten an Deutschland bedeute militärpolitisch eine wesentliche Entlastung infolge kürzerer, besserer Grenzziehung, Freiwerden von Streitkräften für andere Zwecke und die Möglichkeit der Neuaufstellung von Truppen in der Höhe von etwa zwölf Divisionen ...«⁶³

Am 12. Februar 1938 fand ein Gespräch in Berchtesgaden statt. Hitler beschimpfte Schuschnigg wegen seiner »undeutschen Politik« und setzte ihn schweren Repressionen aus: Der Nationalsozialist Dr. Arthur Seyß-Inquart wurde Innenminister, sämtliche Nationalsozialisten, auch die Juliputschisten, mußten innerhalb von drei Tagen aus der Haft entlassen werden, die nationalsozialistische Betätigung sollte wieder legal sein. Selbst jetzt konnte Schuschnigg sich nicht zu einem Bündnis mit den Linken entschließen. 14 Tage lang versuchte ein Aktionskomitee vergeblich, empfangen zu werden, erst am 3. März wurde eine Delegation unter der Führung des Gewerkschafters Friedrich Hillegeist vorgelassen. Die Unterstützung im Kampf gegen Hitler wurde angeboten, die 'Soziale Arbeitsgemeinschaft' (SAG) — eine Organisation der VF, die die Arbeiterschaft zu befrieden versuchte — sollte zum Sammelbecken der Linken werden. Binnen zwei Tagen erklärten über eine Million Arbeiter in einer Unterschriftenaktion in den Betrieben ihre Bereitschaft, »jederzeit den Kampf für die Erhaltung eines freien und unabhängigen Österreich, in dem sie selbst unabhängig und frei sind, zu führen und sich mit allen jenen zusammenzufinden, die gleich ihnen diesen Kampf ehrlich führen wollen«. ⁶⁴ Der Kanzler blieb zurückhaltend. Zu einem Ausgleich mit den Linken, die für ihn geschworene Feinde der bürgerlichen Gesellschaftsordnung waren, konnte er sich nicht entschließen.

Am 9. März rief Schuschnigg, quasi als Flucht nach vorne, zur bekannten Volksbefragung auf, die am 13. März stattfinden sollte. Er rechnete mit einer klaren Mehrheit, auch die Sozialdemokraten hatten ihre Unterstützung zugesagt. Die VF übernahm die Organisation und die Propaganda. Am Freitag, dem 11. März 1938, um 5.30 Uhr morgens informierte der österreichische Generalkonsul in München mit dem Codewort »Leo reisefertig« die Einmarschbereitschaft der Deutschen Wehrmacht in Österreich. Zu diesem Zeitpunkt lief die Mobilisierung schon seit etwa 20 Stunden. Der Generalstabschef des Heeres, General Wilhelm Keitel, wurde beauftragt, Pläne für einen Einmarsch zu erstellen, da Hitler entschlossen war, die Volksbefragung nicht zu dulden. Um 2 Uhr früh, wurde die Führerweisung Nr. 1 ausgegeben, die an Zynismus nichts zu wünschen übrig lies: »Ich beabsichtige, wenn andere Mittel nicht zum

Ziele führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken und dort verfassungsmäßige Zustände herzustellen und weitere Gewalttaten gegen die deutschgesinnte Bevölkerung zu unterbinden ...«.⁶⁵

Im Laufe des Tages trat Bundeskanzler Schuschnigg zurück, die Volksbefragung wurde abge- sagt.⁶⁶ Um 20.45 Uhr fertigte Hitler die Führerweisung Nr. 2 aus: »Die Forderungen des deutschen Ultimatums an die österreichische Regierung sind nicht erfüllt worden ... Zur Vermeidung weiterer Blutvergießens in österreichischen Städten, wird der Vormarsch der Deutschen Wehrmacht nach Österreich am 12. 3. bei Tagesanbruch nach Weisung Nr. 1. angetreten.«⁶⁷

Miklas gab kurz vor Mitternacht auf und ernannte eine nationalsozialistische Regierung mit Seyß-Inquart als Bundeskanzler. Die neue Regierung zeigte sich nun dem Balkon des Bundeskanzleramtes, die Hakenkreuzfahne hing bereits längere Zeit dort, ein organisierter NS-Fackelzug begann seinen Vorbeimarsch. Und NSDAP-Landesleiter Hubert Klausner verkündete am 12. März um 1 Uhr früh den Rundfunkhörern zum erstenmal die Worte: »Ein Volk, ein Reich, ein Führer!«

Obwohl Seyß-Inquart versuchte, eine Rücknahme des Einmarschbefehls zu erreichen, wurde der Einmarsch durchgeführt. Am 12. März um 8 Uhr abends wurde Hitler in Linz empfangen. Am nächsten Tag trat Bundespräsident Miklas zurück, nachdem er sich geweigert hatte, das 'Anschlußgesetz' zu unterschreiben. Gemäß Verfassung übernahm damit Bundeskanzler Seyß-Inquart die Präsidentschaft. Während die Bundesregierung das 'Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich'⁶⁸ beschloß, setzte Hitler in Linz Josef Bürckel als 'Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich' ein. Am Nachmittag des 14. März traf Hitler in Wien ein und erklärte, daß er mit der Vereinigung der beiden Staaten »die größte Vollzugsmeldung« seines Lebens erstatte. Abgesehen von den oft vernachlässigten wirtschafts- und militärpolitischen Motiven für den 'Anschluß', hatte Hitler stets ein persönliches Interesse an einer solchen 'Wiedervereinigung' gezeigt, beginnt doch sein Buch 'Mein Kampf' mit folgenden Sätzen: »Als glückliche Bestimmung gilt es mir heute, daß das Schicksal mir zum Geburtsort gerade Braunau am Inn zuwies. Liegt doch das Städtchen an der Grenze jener zwei deutschen Staaten, deren Wiedervereinigung mindestens uns jüngeren als eine mit allen Mitteln durchzuführende Lebensaufgabe erscheint! Deutschösterreich muß wieder zurück zum großen deutschen Mutterland. ... Gleiches Blut gehört in ein gemeinsames Reich.«⁶⁹

Das 'Juliabkommen' von 1936 und die Berchtesgadener Gespräche im Februar 1938 erleichterten den Nationalsozialisten ihr Vorgehen ungemein. Auch an der THG änderten sich die NS-Aktivitäten:

Seit dem 'Juliabkommen' — Sommer 1936 — waren die Korporationen geschlossen im illegalen NSDStB eingebaut, die Aktiven dort automatisch Mitglied. Versuche von seiten der katholischen Verbände, mit den Waffenstudenten in Föhlung zu kommen, waren damit von vornherein zum Scheitern verurteilt. Den Darstellungen der Grazer Korporationen, daß die »weitgehende Identifikation der Mitglieder ... mit dem Nationalsozialismus ... nur zum geringen Teil ideologisch im parteispezifischen Sinn bestimmt« war, muß widersprochen werden, wenn dort auch zugegeben wird, daß »die Realisierbarkeit des Anschlusses« als Ziel »aus ehrlicher Überzeugung und mit selbstloser Hingabe verfolgt wurde.«⁷⁰ Im Gegenteil: »Die Korporationsstudenten ... bei denen die Zugehörigkeit zu einer illegalen Parteiformation Pflicht war, gehörten zu den unentwegten Anhängern der Bewegung.«⁷¹

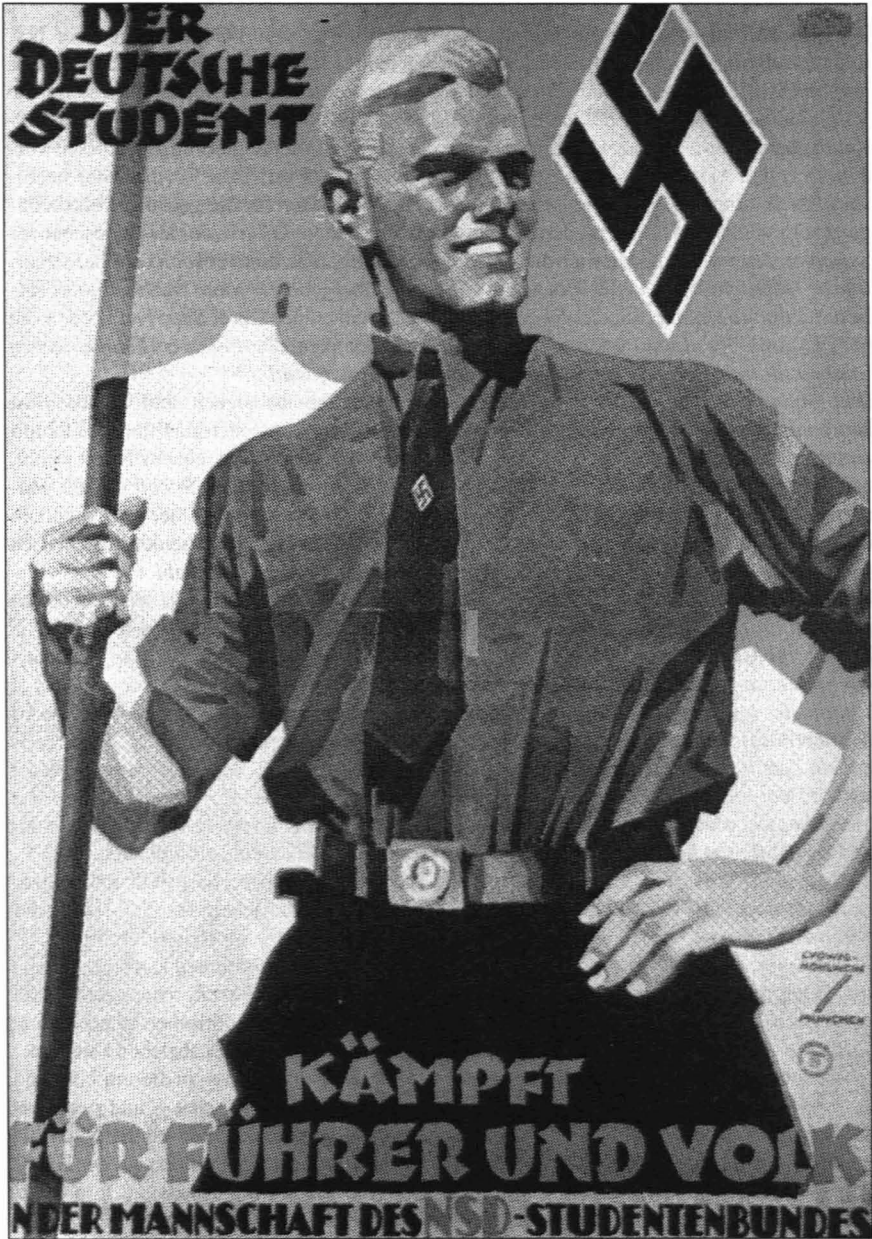


Abb. 54: NSDStB-Plakat aus den 30er Jahren: Der deutsche Student: »Schlank wie ein Windhund...«

Die nationalsozialistischen Hochschullehrer organisierten sich 1936 straff in einer NS-Betriebszellenorganisation, diese Zelle wurde ein halbes Jahr später in den NS-Lehrerbund übergeführt. Die NS-Aktivitäten erreichten in Graz unübersehbare Ausmaße, »*jene steirische Volkserhebung, die dann nicht mehr zum Stillstand kam*«. Am 22. Februar kam es zu NS-Kundgebungen an den Grazer Hochschulen, worauf diese von der Regierung geschlossen wurden. Bei allen Aktivitäten waren Hochschulangehörige stark vertreten. Vertreter der staatlichen 'Sachwalterschaft' wurden gefangengehalten, Aktivitäten für die geplante Volksbefragung verhindert. Am 12. März, dem letzten Tag des Bestehens Österreichs als eigenständiger Staat, wurde an der THG feierlich die Hakenkreuzfahne gehißt, eine »*absolut nationalsozialistische Hochschule*« — so die Propaganda — konnte übergeben werden. Nachdem »*das verhaßte schwarze Regime zum Teufel gegangen*« war, so Studentenführer Sepp Held, war es an der Zeit, »*mit Freude und Stolz*« an jene Zeit zurückzudenken, die »*mit ihrem kämpferischen Erleben für immer in unserer Erinnerung bewahrt werden wird*«. ⁷²

Die Weltwirtschaftskrise, die die Studierenden mit Arbeitslosigkeit und Statusverlust bedrohte, wobei noch hinzukam, daß gerade sie es gewohnt waren, sich als Elite der Zukunft zu sehen, brachte hauptsächlich mit sich, daß Studenten in letzter Konsequenz bereit waren, den Terror in die Hörsäle und auf die Straße zu tragen. »*Nicht bierehrliche Stichfestigkeit, sondern politische Schlagkraft ist jetzt nötig*«, diesen Appell richtete Adolf Hitler 1927 vor allem in Richtung der deutschen nationalen Korporationen. Der neue Student sollte seiner Ansicht nach anders sein: »*Schlank wie ein Windhund, zäh wie Leder und hart wie Stahl*«. ⁷³

Und wie in Deutschland 1933 die Burschenschaften feststellten, daß »*was wir seit Jahren ersehnt und erstrebt und wofür wir ... jahraus, jahrein an uns und in uns gearbeitet haben, ... Tatsache geworden*« ist, ⁷⁴ legten 1938 auch die Grazer Waffensstudenten mit dem Bekennen »*zu gemeinsamem Schaffen und gemeinsamem Kämpfen für Ehre und Freiheit des deutschen Vaterlandes mit unserem Führer und Befreier Adolf Hitler*« ihre Farben nieder. Nach dieser Selbstauflösung gingen viele Verbände als Kameradschaften direkt in den NSDStB über. »*Es ist kein Zufall*« — so der NSDStB-Führer Baldur von Schirach 1929 - »*daß der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund und die schlagenden Verbindungen eine gewisse Auslese des Menschenmaterials der heutigen Studentenschaft in ihren Reihen vereinen: der Wille zur Tat und zur Waffe hat hier die einzig wertvollen aktivistischen Elemente zusammengefaßt*«. ⁷⁵

Die Masse der Studenten hatte schon sehr früh den Übertritt zum Nationalsozialismus vollzogen, 1931 etwa verfügte in Deutschland die NSDAP an den Hochschulen mit 50 — 60% der Stimmen über eine nahezu doppelt so große Anhängerschaft wie im Reichsdurchschnitt. ⁷⁶ Festgestellt muß auch werden, daß es von Seiten mancher Korporationen zunächst Widerstände gegen den NSDStB gab. Sie fürchteten um ihre Eigenständigkeit, hatten Angst, daß ihnen der mit großem Anspruch auf die Allgemeingültigkeit seiner politischen Überzeugung pochende NSDStB die Existenz absprechen, oder zumindest Mitglieder abziehen könnte. So gab es auch noch 1932 in der Deutschen Studentenschaft Spannungen — in diesem Jahr fand der letzte Deutsche Studententag bezeichnenderweise in einer Kaserne statt — und zwar zwischen dem dominierenden NSDStB und verschiedenen Korporationen, die zwar den Nationalsozialismus mit Entschiedenheit bejahten, jedoch Exponenten der NS-Politiker auf den Hochschulen verurteilten. ⁷⁷ »*Heftigen Kampf*« mit dem NSDStB gab es zunächst auch in Graz, doch richtete sich diese Einstellung »*nicht gegen die völkische Freiheitsbewegung an sich, sondern nur gegen deren sehr schlechten Vertreter auf den Hochschulen*«. ⁷⁸

1933 waren solche Probleme jedoch entgeltig beseitigt, am 1. Dezember ließ der Reichsführer

der Deutschen Studentenschaft und des NSDStB, Oscar Stäbel, verlauten, daß die Zeit »*nimmer fern*« sei, »*wo auf deutschen Hochschulen kein Platz mehr ist für Leute, die zu vornehm sind, sich in die Gemeinschaft der SA einzuordnen*«. ⁷⁹ In Graz stellten sich solche Probleme noch 1930 und 1931, ab 1932 kooperierten hier jedoch die Waffenstudenten mit dem NSDStB. Auch muß festgestellt werden, daß die Grazer Korporationen sich als besonders radikal erwiesen. Es waren die Vertreter der THG, die schon 1919 beim ersten Studententag in Würzburg »*einen heftigen antisemitischen Ton in die Versammlung brachten*«, hier hatte der 'Arierparagraph' eine der längsten Traditionen, eine Haltung, die auch bei späteren Studententagen von Grazer Vertretern besonders betont wurde. ⁸⁰

Damit »*der volksfremde deutsche Gelehrte bald der Vergangenheit*« angehöre, erkor der spätere Rektor der TH Berlin, Prof. Ernst Storm, Hitler in seiner Eigenschaft als Oberster SA-Führer und den Stabschef Ernst Röhm zu Vorbildern »*für jeden deutschen Dozenten*«. Trotz solcher Wertschätzungen brachen die persönlichen Vorbehalte des 'Vorbildes' Adolf Hitler gegen die »*intellektuellen Schichten*« immer wieder auf. So erklärte er im November 1938: Wenn er sie »*ansehe, leider man braucht sie ja; sonst könnte man sie eines Tages ja, ich weiß nicht, ausrotten oder sowas. Aber man braucht sie leider*«. ⁸¹ Und obwohl die Nationalsozialisten im allgemeinen eine geringschätzige Einstellung zu den Universitäten und den Professoren hatten — Hitlers Mißtrauen gegen Intellektuelle war so tief verwurzelt, daß ihn sogar die Bedeutung der Universität als Ausbildungsstätte für Techniker gleichgültig ließ, obwohl



Abb. 55: Enthüllung einer Gedenktafel für Dr. Alois Riedler. Er erwirkte in Deutschland das Promotionsrecht für Technische Hochschulen, welches 1901 auch in Österreich-Ungarn gewährt wurde.



Abb. 56: Ehrenwache bei der Riedler-Gedenktafel des »Vereines Deutscher Ingenieure« (VDI) in der »Neuen Technik«.

gerade diese Disziplin für das Rüstungsprogramm dringend notwendig war — versuchten die Gelehrten, einander in dem Bemühen zu übertreffen, ihre Disziplin der Ideologie der neuen Herren anzupassen. Die »deutsche Physik« wurde begründet, eine »germanische Philologie« und eine »nationalsozialistische Genetik«, von Varianten der Volkskunde und der Rassentheorie ganz zu schweigen.

Während des NS-Regimes verloren die Professoren jedoch nicht nur die Kontrolle über Ernennungen und Beförderungen, sondern auch über Vorlesungen, Seminare, Prüfungen und Zulassungsverfahren. Unter uniformierten Rektoren waren sie ein getreues Spiegelbild der neuen Herrschaft, mit viel Marschieren, zackiger Haltung und Heil-Hitler-Rufen, aber wenig Anzeichen von intellektueller oder geistiger Energie.⁸² Besonders in Österreich waren die Akademiker zum Eintritt in die NSDAP grundsätzlich bereit. Daher gab es gerade hier nach 1938 etliche Akademiker in der Partei und nicht nur in der Breite sondern auch in der Führungsschicht.⁸³ Ebenso kamen die Techniker der NS-Herrschaft überaus entgegen, führte die Isolierung eines technischen Geistes dazu, daß er sich nur als Funktion in einem Zusammenhang begriff, diesen aber nicht überschaute und auch nicht überschauen wollte. Die Technik hatte oder hat, seit ihrem gigantischen Aufschwung im 19. Jahrhundert, die Vorstellung entwickelt, daß nicht sie selbst, sondern auch die technische Tätigkeit überhaupt, wertfrei sei. Und wie es keine 'bösen' Erfindungen oder Entdeckungen gebe, so bleibe auch 'die Technik' unberührt von dem Dienstverhältnis, in das sie sich begibt.⁸⁴ Doch ist die Technik nicht nur Herrschaftsinstrument, sondern auch Herrschaftsträgerin.

Diese Bedeutung klar erkannt, vermochte die nationalsozialistische Propaganda, der Technik eine neue Form der gesellschaftlichen Anwendung zu geben und sie zur Herrschaftsstabilisierung zu nutzen. 1934 wurde, neben anderen Parteigruppen wie z.B. dem NS-Rechtswahrerbund, dem NS-Lehrerbund oder dem NS-Ärztbund, ein NS-Ingenieurbund geschaffen, der den Anspruch aufgriff, ein 'Bund der Technik' zu sein, und der dann auch in den 'Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik' (NSBDT) übergeführt wurde, welcher der Stabsleitung der NSDAP unterstand. Diesem wurden sämtliche technikspezifische Organisationen unterstellt, und auch nach dem 'Anschluß' Österreichs wurden hier alle 92 bestehenden technischen und wissenschaftlichen Vereine aufgelöst und gleichgeschaltet. So erreichte das NS-Regime zwei Ziele — Kontrolle der Ingenieure und Steuerung der Technik — wie dann auch, im Juli 1938, der NSBDT als Ziel die »Erziehung seiner Mitglieder zur Gewährleistung des Einsatzes der deutschen Technik gemäß den Anforderungen von Volk und Staat« formulierte.⁸⁵ Schon im Oktober 1932 forderte eine Kundgebung des größten deutschen Ingenieurvereins — der 1856 gegründete 'Verein deutscher Ingenieure' (VDI) — einen »starken Lebenswillen«, der den »kleinlichen Streit und niedrigen Eigennutz in einem machtvollen nationalen Gedanken überwinden« und »das deutsche Volk wieder in die Höhe« führen sollte. Nach der Machtergreifung Hitlers bekräftigte der Vorsitzende des VDI »das Bekenntnis der deutschen Ingenieure zur neuen Staatsführung«. Als Lösung wurde auf einen alten englischen Wappenspruch zurückgegriffen, der den Verzicht auf eigenes politisches Denken und den Wendepunkt in der Zielunsicherheit technischer Arbeit besonders deutlich zum Ausdruck brachte: »Ich dien«. ⁸⁶ Leiter des NSBDT war der Ehrenbürger der THG, Dr. Fritz Todt, der ideale NS-Ingenieur, der »Martin Luther der Straße«, der — so die NS-Propaganda — keinem »beamteten Reißbrett« glich, da bei ihm die »skurile Welt« der Technik »eine natürliche Vereinfachung erfahren« hatte und »das Persönliche, das Kreatürliche ... über das Konstruktionstechnische die Oberhand« bekam.⁸⁷ Todt, Reichsminister für Bewaffnung und Munition, technikspezifischer Multi-



Abb. 57: Dr. Fritz Todt: Techniker, NS-Multifunktionär, Ehrenbürger der THG und erklärtes Vorbild für die Studenten.

funktionär und Vorbild der Grazer Technikstudenten, dessen Person »als Fachmann und Persönlichkeit nachzustreben ... unser Ziel« sei, formulierte auch klar die Bedürfnisse des NS-Regimes: »Das Dritte Reich braucht neben Wissen und Können auf allen Gebieten, auch in der Technik, die Ausrichtung allen speziellen Denkens auf unsere nationalsozialistische Grundeinstellung.«⁸⁸

Und trotz dieser 'Ausrichtung' blieb angeblich die technokratische 'Wertfreiheit' bestehen, die sich nun an ein Regime mit nahezu unbegrenzten Schaffungsmöglichkeiten band, deren Herrschaftssystem sie aber nichts anging. Verfolgung, Willkür, Konzentrationslager und Aggression nach außen, das war 'Politik', während die oft wichtigen Mitträger des Systems nur Architekten, Ingenieure, Techniker waren und Leistungen erbrachten, die das Regime zu würdigen wußte. So wurde festgestellt, daß Todt als »Baumeister unseres gewaltigen strategischen Straßennetzes« — er war für den Bau der Reichsautobahnen zuständig — und als »Organisator der Waffen- und Munitionsherstellung ... unvergängliche Verdienste erworben hat«. Und nach seinem Tod — er starb 1942 bei einem Flugzeugunglück — wurde das Werk von Todt - »der bisher größte Organisator, den das deutsche Volk sein eigen nannte« — so verstanden, daß »viele von dem, was dieser Mann geschaffen hat ... erst nach dem Kriege dem deutschen Volk zur Kenntnis und damit wohl zum bewundernden Staunen gebracht werden« könne.⁸⁹ Was insofern richtig ist, als es noch heute oft zur 'Entschuldigung' es NS-Regimes gehört, daß 'Hitler ja die Autobahn gebaut' habe. Besonders deutlich wurde dieser Widerspruch zwischen nationalsozialistischer Ausrichtung und 'Wertfreiheit' der Technik bei Todt's Nachfolger, Albert Speer, der z. B. in einer Denkschrift an Hitler erklärte: »Die Aufgabe, die ich zu erfüllen habe, ist eine unpolitische. Ich habe mich solange in meiner Arbeit wohlgeföhlt, als meine Person und auch meine Arbeit nur nach der fachlichen Leistung gewertet wurde ...«⁹⁰

Den »großen Aufgaben, die der Führer und Reichskanzler ... den Ingenieuren und Technikern gestellt hat«, kam die THG auch nach: 1941, die Zahl der Studierenden hatte einen Tiefpunkt erreicht, teilte Rektor Härtel mit, daß »an den meisten Instituten reges Leben« herrscht, »denn die Forschungsarbeiten werden weitergeföhrt«. Der normale Studienbetrieb war endgültig vorbei, nachdem am 25. April 1944 der Gauleiter der Steiermark, Dr. Sigfried Uiberreither, den »totalen Kriegseinsatz« angeordnet hatte, was praktisch die Einstellung des Hochschulbetriebes bedeutete.⁹¹ Als Indikator für den Bedarf an Forschungskräften mag das hohe Ansteigen der Assistenten während der Kriegszeit gelten. Auch die Hochschullehrer profitierten von dieser Entwicklung insofern, als viel weniger Studierende zu betreuen waren. Das Verhältnis Lernende zu Lehrenden, ein weitverbreiteter Indikator für die Belastung der Institution Hochschule, gibt nach den Vorlesungsverzeichnissen folgendes Bild:

Wintersemester	1937/38	1939/40	1940/41	1941/42	1942/43	1944/45
Professoren	27	25	28	25	27	28
Dozenten	35	24	24	23	22	21
ord.H./Prof.	17,8	12,5	7,8	12,2	13,9	5,2
ord.H./Lehr.	7,8	6,4	4,2	6,4	7,7	3,0

Abb. 58: Verhältnis der ordentlichen Hörerinnen und Hörer zu den Professoren bzw. zu den Hochschullehrern (Professoren und Dozenten) der THG.

Damit ergibt sich ein gewisser Sockel von 1939 bis 1943 mit einem Einbruch 1940/41 und ein rapides Absinken 1944/45. Diese Struktur ist auch mit der der Grazer Universität vergleichbar, wo es eine durchaus ähnliche Entwicklung gab.⁹²

Die zweite Gruppe, die durch den Krieg 'profitierte', waren die Studentinnen, jedoch nicht, weil sie dem NS-Regime als besonders förderungswürdig galten. Das Bild der Frau war im Nationalsozialismus auf Kinder, Küche, Krieg beschränkt. Andere Aktivitäten ließ die männerbündische faschistische Bewegung nicht zu. 1933 wurde ihre Rolle im »ABC des Nationalsozialismus« wie folgt definiert:

»Die deutschen Frauen wollen ... in der Hauptsache Gattin und Mutter, sie wollen nicht Genossin sein, wie die roten Volksbeglucker sich und ihnen einzureden versuchen. Sie haben keine Sehnsucht nach der Fabrik, keine Sehnsucht nach dem Büro und auch keine Sehnsucht nach dem Parlament. Ein trautes Heim, ein lieber Mann und eine Schar glücklicher Kinder stehen ihrem Herzen näher.«⁹³

Dementsprechend faßte schon die erste Generalversammlung der NSDAP 1921 den einstimmigen Beschluß, daß eine Frau »in die Führung der Partei und in den leitenden Ausschuß nie aufgenommen werden« könne. Um Frauen vom Berufsleben fernzuhalten, sollten sie in eine möglichst fruchtbare Ehe gedrängt werden, war doch »jedes Kind, das sie zur Welt bringt, ... eine Schlacht, die sie besteht für das Sein oder Nichtsein ihres Volkes«. An den Universitäten wurde in Deutschland schon 1933 dafür gesorgt, das Verhältnis der Zahl der Studentinnen zu den Studenten auf eins zu zehn herabzusetzen, da Frauen etwa ein Fünftel aller Studierenden ausmachten. Einige Disziplinen, wie Medizin, Jus, unterlagen einem strengen numerus clausus, sowohl im Studium als auch im Berufsleben. So durften ab Juni 1936 Frauen nicht mehr Richterinnen oder Staatsanwältinnen sein, mit der Begründung, daß sie nicht logisch denken oder objektiv urteilen könnten, sondern nur nach dem Gefühl entschieden. Allerdings brachte schon die Konjunktur in den späten 30er Jahren eine merkliche Reaktivierung von Frauen, auch in höherqualifizierten Berufen. Und im Krieg offenbarte sich der tiefe Widerspruch zwischen der vom Regime zugewiesenen Rolle und der Realität, allein aufgrund der Tatsache, daß Frauen zuletzt drei Fünftel der Arbeitskräfte Deutschlands stellten.⁹⁴ Diese Widersprüche versuchte man schon 1940 so zu erklären:

»Es ist immer unser Hauptglaubensartikel gewesen, daß der Platz der Frau das Heim ist, aber da das ganze Deutschland unser Heim ist, müssen wir ihm dienen, wo immer wir es am besten können.«⁹⁵

Von NS-Seite wurde damals für die 'Ostmark' festgestellt: *»Der Anteil der Studentinnen (1938 ca. 20,2%) ist wesentlich höher als im Altreich; dort beträgt er im Winterhalbjahr 1937/38 rund 13 v.H. Es ist damit zu rechnen, daß sich dieses Verhältnis auch an den ostmärkischen Hochschulen in wenigen Jahren durchsetzen wird.«⁹⁶*

An der THG stieg der Frauenanteil von 1937/38 bis 1944/45 jedoch fast um das 15-fache an, wie folgende Tabelle zeigt:⁹⁷

Winters.	1937/38	1938/39	1939/40	1940/41	1941/42	1942/43	1943/44	1944/45
Fr./Ges.	8/481	10/409	6/313	14/218	33/305	51/375	70/339	35/146
%-Anteil	1,7	2,4	1,9	6,4	10,8	13,6	20,6	24,0

Abb. 60: Der Anteil der Studentinnen an der Zahl der ordentlichen Hörerinnen und Hörer der THG.

Um diesen Trend zu stoppen, schlug Rektor Härtel im August 1944 »in Würdigung der Totalisierung des Krieges« folgende Maßnahme vor: Keine Neuaufnahme für Studentinnen im Wintersemester 1944/45 und den Vorschlag, die bereits inskribierten Studentinnen »in Hinsicht auf ihren Studienerfolg derart streng zu überprüfen, daß etwa 50% im Winter-Semester 1944/45 nicht mehr aufgenommen werden«. »Weitere Ersparungen« — so Rektor Härtel — »lassen sich ... innerhalb der Gefolgschaft ... nicht durchführen.«⁹⁸ Diese Maßnahme wurde offensichtlich durchgeführt, denn die Zahl der Studentinnen sank von 1943/44 auf 1944/45 genau um 50%, von 70 auf 35. Daß der relative Anteil dennoch stieg, lag nur am rapiden Absinken der Gesamtzahl der Studierenden. Damit ist ein Aspekt der — nur oberflächlich gesehen — widersprüchlichen Rolle der Frauen im NS-Regime auch an der THG klar ersichtlich: die Differenz zwischen Rolle und Realität.

Widersprüchlich endete auch das NS-Regime im Graz. Noch am 30. April 1945 sollte die Stadt — mit 500 Soldaten und fünf Panzerabwehrgeschützen — bis zum letzten Mann verteidigt werden. Zu diesem Zeitpunkt gab es in Wien bereits eine provisorische Regierung unter der Leitung von Dr. Karl Renner. Sie wurde am 27. April zunächst von der Sowjetunion anerkannt und proklamierte die Wiedererstehung des Staates Österreich.⁹⁹ Danach begann der 'Wiederaufbau' und die 'Normalisierung', was war, ist nun Geschichte.

Zur Universitätsgeschichtsschreibung der THG läßt sich feststellen, daß sie vollkommen dem Trend der Herangehensweise nach 1945 entspricht. Die Beiträge bewegen sich auf der beschreibenden Ebene. Nirgends erfolgt die Auseinandersetzung mit Fragen, die die Stellung und Funktion der Hochschule, sowie die Wechselbeziehung zum politischen Gefüge, zu Staat und Gesellschaft in dieser Zeit, zum Inhalt haben.¹⁰⁰ Werden solche Aspekte erwähnt, dann bietet sich folgendes Bild: Die über der Politik ('dem schmutzigen Geschäft') stehende makellose Institution der THG wird in 'politische Irrungen und Wirrungen verstrickt', von 'der politischen Krise betroffen', die Folge sind 'Spannungen'.¹⁰¹ Demgegenüber wird die Darstellung der unmittelbaren Nachkriegsaktivitäten betont, der 'Wiederaufbau', die 'Normalisierung' mit all ihren 'Schwierigkeiten' nach dem 'Zusammenbruch'.¹⁰² Für die österreichische Universitätsgeschichtsschreibung kann allgemein festgestellt werden:

»Um diesen Wiederaufbau der Hochschulen hervorstreichen, werden die ihm (vor 1945) vorangehenden Bombardierungen der Hochschuleinrichtungen kontrastierend breit geschildert. In manchen Darstellungen sind diese Kriegszerstörungen überhaupt das einzige Erwähnenswerte, generell gesehen bilden sie den gemeinsamen Nenner der meisten Darstellungen.«¹⁰³

Genau diesem Schema folgt man auch an der THG.¹⁰⁴ Ab dem Studienjahr 1951/52 findet sich bis heute in den 'Geschichtlichen Überblicken' in den Studienführern ein einziger Verweis auf die Zeit von 1938 bis 1945, nämlich die Beschädigung der 'Neuen Technik' durch Bombentreffer.¹⁰⁵ Bis zum Studienjahr 1968/69 wird diese Feststellung durch einen Satz eingeleitet, der hier in seiner Kürze als Schlußsatz gelten soll: »Der Zweite Weltkrieg ging an der Hochschule nicht spurlos vorüber.«